

AfD

Posten verteilen, lange vor der Wahl

Die AfD Nordrhein-Westfalen scheint sich eines Erfolgs bei den nächsten Wahlen sehr sicher zu sein: Die bestplatzierten AfD-Kandidaten für die Landtagswahl im Mai 2017 sind bereits zu einem ersten „Arbeitstreffen“ ihrer künftigen Fraktion zusammengekommen – während die Listenaufstellung noch läuft. Ein AfD-Mitglied schloss schon als „Mitglied des 19. Deutschen Bundestages oder Mitglied des 17. Landtages in NRW“ einen „Vor-Arbeitsvertrag“ mit einem Mitarbeiter. Den endgültigen Vertrag solle dieser dann „wenn möglich im Bundestagsgebäude“ erhalten. Dabei hat die AfD in Nordrhein-Westfalen noch

nicht einmal ihre Bundestagsliste aufgestellt. Im Landesverband unter der Leitung von Marcus Pretzell herrschen ohnehin postdemokratische Zustände: Ein Mitglied vernichtete auf einem Nominierungsparteitag fünf Stimmzettel.

Bei der Kür der Landtagskandidaten organisierten sich Anhänger Pretzells per WhatsApp, um gegnerische Kandidaten gezielt auszu-bremsen. Zu den Verschwörern zählen mehrere AfD-Landesvorstände und zwei Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle, die mittelbar von Landeschef Pretzell abhängig sind. Pretzells Kovorsitzender Martin Renner fordert eine „umfassende politische und juristische Aufarbeitung“ der Vorgänge. „Der Imageschaden ist beträchtlich“, klagt er. ama



Selbstdarstellung der Osmanen Germania auf YouTube

Rocker

MIT mischt mit

Der türkische Geheimdienst MIT übt offenbar Einfluss auf den rapide wachsenden Rockerklub Osmanen Germania in Deutschland aus. Dafür spreche laut deutschen Regierungskreisen die politische Ausrichtung maßgeblicher Mitglieder der türkisch-nationalistischen Organisation. So agitierten Anhänger des Klubs auf Demonstrationen und im Internet aggressiv gegen kurdische Gruppen und die Gülen-Sekte.

Mehr als 1000 Personen gehören dem Rockerklub an, der in dieser Form erst im Frühjahr 2015 gegründet wurde. Die in der Öffentlichkeit martialisch auftretenden „Osmanen“ bestreiten, nationalistisch zu sein. Auch habe man „nicht die geringste Verbindung zu kriminellen Machenschaften“, heißt es in einer Stellungnahme. Im November durchsuchten rund 1500 Polizeibeamte in mehreren Bundesländern Objekte der Rocker, sie beschlagnahmten Waffen, Munition und Drogen. jös, kno, mba

NSA-Affäre

„Sichere Anreise, sichere Abreise“

Der Generalsekretär der Menschenrechtsorganisation European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), **Wolfgang Kaleck**, 56, Mitglied des Anwaltsteams des NSA-Whistleblowers Edward Snowden, erklärt, unter welchen Umständen sein Mandant in Deutschland aussagen würde.

SPIEGEL: Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass der NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags dem Willen der Opposition folgen muss. Er soll die Bundesregierung um Amtshilfe ersuchen, um eine Befragung Edward Snowdens vor dem Ausschuss zu ermöglichen. Würde er kommen?

Kaleck: Das Motiv meines Mandanten für seine mutigen Enthüllungen bestand vor allem darin, dass gegen Massenüberwachung vorgegangen wird. Daher hat er ein uneigennütziges Interesse daran, auch hier in Deutschland auszusagen.

Das Interesse hat aber offenbar nicht jeder.

SPIEGEL: Wen meinen Sie?

Kaleck: Der Ausschussvorsitzende Patrick Sensburg hätte die Aufgabe gehabt, dafür zu sorgen, dass der wichtige Zeuge Snowden gehört wird. Stattdessen hat er auf Zeit gespielt und ihm sinngemäß vorgeworfen, ein russischer Spion zu sein.

SPIEGEL: Unter welchen Bedingungen würde Snowden nach Deutschland kommen?

Kaleck: Die Regierung muss für seine sichere Anreise, seinen sicheren Aufenthalt und seine sichere Abreise sorgen. Er muss vom Zugriff deut-

scher und ausländischer Strafverfolgungsbehörden verschont bleiben.

SPIEGEL: Die Regierung sagt, sie könne diese Sicherheit nicht garantieren, da es in den USA einen Haftbefehl gegen ihn gibt und er möglicherweise auszuliefern wäre.

Kaleck: Die herrschende juristische Auffassung ist eine andere: Ein Verstoß gegen den Espionage Act der USA ist ein klassisches politisches Delikt, das keine Auslieferung erlaubt. Im Kern geht es doch einzig um die Frage, was mehr zählt: das Interesse an Aufklärung oder das Interesse, auch in Zukunft mit den Geheimdiensten der USA sehr eng zusammenarbeiten zu können.

SPIEGEL: Hofft Ihr Mandant noch immer auf eine Begnadigung in den USA?

Kaleck: Solange Obama im Amt ist, besteht eine Chance.

SPIEGEL: Im SPIEGEL-Gespräch (47/2016) hat sich Obama reserviert geäußert.

Kaleck: Aus dem Amt scheidende Präsidenten sind immer für eine Überraschung gut. Die Hoffnung geben wir bis zuletzt nicht auf. kno



Kaleck

Opferrechte

Schmerzensgeld für Angehörige

Die Große Koalition hat sich auf einen Gesetzentwurf geeinigt, der erstmals in Deutschland einen Anspruch auf ein sogenanntes Hinterbliebenengeld schaffen soll. Für nahe Angehörige von Menschen, die durch eine Straftat oder einen fremdverschuldeten Unfall ums Leben gekommen sind, war es bislang kaum möglich, Entschädigungszahlungen für ihr seelisches Leid zu verlangen. Angehörige bekommen nur dann Schmerzensgeld, wenn sie durch ihre Trauer krank werden. Darüber hinaus können sie etwa Unterhaltszahlungen erstattet bekommen. Anders als in anderen Ländern sind Angehörige, wie nach dem Germanwings-Absturz im März 2015, hierzulande auf die Kulanz der für den Unglücksfall Verantwortlichen angewiesen. „Hinterbliebene müssen auf klarer Rechtsgrundlage schnell entschädigt werden“, sagt SPD-Rechtspolitiker Johannes Fechner. hip